

Presseinformation

5. November 2024

548 Millionen Euro Budgeterhöhung für Folgen der Hochwasserkatastrophe

Nachtragsbudget für die Jahre 2024 und 2025 heute in der Landesregierung beschlossen und wird am 21. 11. im Landtag behandelt

Zwischen 13. und 20. September 2024 war Niederösterreich von einem Hochwasserereignis betroffen, das nahezu das gesamte Landesgebiet umfasste. Auf Grund der enormen Dimension dieses Extremwetterereignisses wurde am 15. September 2024 das ganze Bundesland Niederösterreich durch die Landesregierung zum Katastrophengebiet erklärt. Fünf Menschen verloren in Niederösterreich ihr Leben, 34 Personen wurden verletzt, in über 2.700 Fällen erfolgten Evakuierungen, in hunderten Fällen wurde Krisenintervention geleistet. Insgesamt waren rund 425 Gemeinden mit über 20.000 Objekten betroffen sowie über 90.000 Einsatzkräfte im Einsatz.

Neben dem menschlichen Leid sind auch die wirtschaftlichen Folgen beträchtlich. Es kam nicht nur zu Schäden am Privateigentum, sondern auch zu Beeinträchtigungen von notwendiger und teils kritischer Infrastruktur. „All das erforderte finanzielle Hilfestellungen durch das Land. Wir haben dabei schnell und unbürokratisch geholfen, die Mittel fließen laufend. Die Mehrausgaben werden wir jetzt selbstverständlich, wie vom Landtag beauftragt auch in unseren Budgets für die kommenden beiden Jahre abbilden“, betont Finanzlandesrat Ludwig Schleritzko.

Bis die entstandenen Schäden in den privaten Haushalten und die zerstörte Infrastruktur wieder vollständig aufgebaut ist, werden noch Jahre vergehen und hunderte Millionen Euro an Kosten anfallen. „Für uns ist klar, dass wir diese Summe als öffentliche Hand stemmen um damit auch konjunkturelle Anreize zu setzen. Wir werden viele fleißige Hände aus vielen Wirtschaftszweigen brauchen die alle von den Aufträgen profitieren. Als Land sind wir gemeinsam mit den Gemeinden weiterhin großer und wichtiger Auftraggeber“, so Schleritzko.

Mit dem Nachtragsbudget für die nächsten zwei Jahre erhöht sich der Nettofinanzierungssaldo 2024 um rund 268 Millionen Euro und der



Presseinformation

Nettofinanzierungssaldo 2025 um rund 280 Millionen Euro. „Wir sprechen von 548 Millionen Euro, die das Land Niederösterreich den Betroffenen, aber auch den Gemeinden, zur Verfügung stellt. Für uns war und ist klar, dass wir den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern hier zur Seite stehen“, so der Finanzlandesrat abschließend.

Nähere Informationen beim Büro LR Schleritzko, Pressesprecher Jan Teubl, MSc (WU), Telefon 0676/812 12345, E-Mail: jan.teubl@noel.gv.at.